

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

Nr. 43.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1292.  
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.  
Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieger, Hannover.  
Druck von Dörfler & Löhner, Hannover.

Hannover,  
24. Oktober 1902.

Abonnementspreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.  
2 Mk.; f. b. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.  
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsgep. Petitzeile  
30 Pf., b. Wiederh. Rabatt. And. Inserate die Petitzeile 20 Pf.

12. Jahrg.

## Die Differenzen mit den Brauereibesitzern in Kulmbach erledigt.

Nachdem sowohl von Seiten der Brauereibesitzer in Kulmbach, wie von Seiten der Organisation der Brauereiarbeiter der gute Wille kundgegeben war, die zur Wahrung der Rechte und Interessen der Brauereiarbeiter und der Organisation entstandenen Differenzen beizulegen, kam durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Fleiss in einer Unterhandlung der Besitzer mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Brauereiarbeiter am 14. Oktober eine Einigung zu Stande, die in folgender Erklärung niedergelegt wurde:

### „Erklärung.“

Auf Wunsch der Zentralleitung deutscher Brauereiarbeiter in Hannover geben die unterfertigten Firmen der hiesigen freien Brauereivereinigung folgende Erklärung ab:

1. Alle von der Lohnkommission getroffenen Vereinbarungen strengstens zu beachten;
2. der Organisation der Brauereiarbeiter künftig nichts in den Weg zu legen;
3. die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu respektieren und
4. bei Bedarf von Arbeitskräften in erster Linie hiesige arbeitslose Brauer und Brauereiarbeiter einzustellen;
5. bei eintretendem Arbeitsmangel hat die Aussetzung bei den zuletzt eingestellten Arbeitern zu beginnen und zwar dem Dienstalter nach; bei Wiedereinstellung wird dagegen Derjenige, der zuletzt ausgesetzt wurde, zuerst wieder angenommen, so daß lediglich das Dienstalter die Richtschnur bildet;
6. Brauer und Brauereiarbeiter, welche hier gearbeitet haben, jetzt aber arbeitslos sind oder werden, haben sich beim städtischen Arbeitsamt zu melden; von diesem werden sie bei Stellenerleidungen den Brauereien nach der Reihenfolge der Anmeldungen zugewiesen. Die Brauereien verpflichten sich, ihren Arbeiterbedarf beim städtischen Arbeitsamt anzumelden und nur vom städtischen Arbeitsamt sich zuweisen zu lassen, so lange dort solche Arbeiter angemeldet sind, welche in Kulmbacher Brauereien bereits gearbeitet haben.

Gegen die fernere Boykottierung jener Firmen, welche die Unterzeichnung dieser Erklärung verweigern, haben die Unterfertigten nichts zu erinnern.

### Unterschriften:

Erste Kulmbacher Aktien-Exportbrauerei (G. Walter). Reichelbräu Aktiengesellschaft (W. Schröder). Pechbräu Aktiengesellschaft (W. Müller). Brauerei Sandler Kulmbach, Ges. m. b. H. (S. Sandler). Kulmbacher Ritzbräu Aktiengesellschaft (J. Heufelder, Kaupp). Kulmbacher Exportbrauerei „Mönchshof“, Aktiengesellschaft (Kiemer). Adolf Christmann, Exportbrauerei Leonhard Oberlein, Kommanditgesellschaft (Karl Oberlein). M. Angermann. Gebrüder Fleischmann. Mathäus Hering. Christian Bertsch. G. Böhlmann. Louis Weiß.

Für den Centralverband deutscher Brauereiarbeiter:  
Georg Bauer, Vorsitzender.

Damit ist den Wünschen der Organisation seitens der Brauereibesitzer Rechnung getragen, ihren Beschwerden abgeholfen. Es braucht nun in Zukunft kein Brauereiarbeiter in Kulmbach Furcht vor Entlassung wegen Verbandszugehörigkeit zu haben. Sollte es dennoch irgendwo ohne Wissen einer Betriebsleitung geschehen, so wird dem Betreffenden gewiß sein Recht werden.

Nun aber liegt es an den Brauereiarbeitern in Kulmbach, die Organisation auszubauen; was die Organisation den Arbeitern nützt, dürfte nun Jedem bekannt sein. Die Organisation in Kulmbach steht erst am Anfang ihrer Tätigkeit für die Interessen der Brauereiarbeiter, viel ist noch zu schaffen, besonders in Bezug auf bessere Löhne, das wird jeder Brauereiarbeiter selbst fühlen. Hieran hat aber ein Jeder mitzuwirken, ein Jeder hat der Organisation beizutreten und für seine Interessen mitzuarbeiten. Ein Jeder thue seine Pflicht und strebe für sein Recht. Alle hinein in den Verband, helfe und unterstütze Eure erwählten Führer, und traurig, wer abseits stehen bleibt und die Anderen für sich sorgen und schaffen läßt.

Auf der „Erklärung“ fehlen noch die Kulmbacher Malzfabrikbesitzer. Wir halten es für selbstverständlich,

daß auch diese sich der Erklärung baldigst anschließen werden, damit wegen der in der Erklärung angegebenen Punkte der Friede in der Kulmbacher Brauinndustrie nicht wieder gestört werde. Der Friede wird auch dauernd erhalten werden können, wenn der Vereinigung der Besitzer eine alle Brauerei- und Malzereiarbeiter umfassende Organisation gegenübersteht, und bei allen Forderungen und Wünschen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage ihre Organisation als gleichberechtigter Faktor zur Verhandlung angesehen, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegengekommen wird und Vereinbarungen allerseits ohne Hintergedanken gehalten werden.

## „Mißbrauch“ der Presse!

Ueber die Verurteilung des Kollegen Götz-Erlangen wegen obigen Vergehens zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis haben wir schon kurz in der „Bräuer-Zeitung“ berichtet. Abgesehen von den sonderbaren Ansichten des Verurteilten des Klägers ist die Begründung des Urteils von so weittragender Bedeutung für das ganze Gewerkschaftsleben, daß wir etwas ausführlicher darauf eingehen.

In der „Fürther Bürgerzeitung“ veröffentlichte Kollege Götz, Vorsitzender der Zahlstelle Erlangen und Vorsitzender der Lohnkommission der organisierten Brauereiarbeiter, einen Artikel über die Zustände in der Brauerei Erlwein u. Schultze in Erlangen, in dem namentlich moniert wurde, daß in genannter Brauerei zu wenig Arbeitskräfte vorhanden seien, daß keine Ersatzleute seitens der Firma eingestellt würden, wenn vom Personal Leute durch Einberufung zu militärischen Übungen oder durch Krankheit abgängig sind, und daß dadurch die Reinlichkeit in genanntem Betriebe nicht die peinlichste sein könne. Würden schon fortwährend Ueberstunden gemacht, so wäre die Arbeitslast um so unangenehmer, wenn die Arbeiter nicht vollständig sind. Herr Erlwein erhob Klage wegen verleumdender Behauptung gegen Kollegen Götz beim Schöffengericht in Erlangen; über die Verhandlung berichtete die „Fürther Bürgerzeitung“ ausführlicher wie folgt:

Der Beklagte bekannte sich als Verfasser des Artikels, er führte aus, daß er als Vorsitzender der Lohnkommission die Verpflichtung habe, Beschwerden, die ihm von organisierten Brauereiarbeitern überbracht werden, zu prüfen und die Ursachen der Beschwerden so weit als möglich abzustellen. Ueber genannte Firma seien seitens des Betriebspersonals wiederholt Klagen übermittleit worden, daß in demselben viele Ueberstunden gemacht würden und nicht reinlich gearbeitet werden könne. Schon im Dezember 1901 war deshalb die Lohnkommission vorstellig, ohne bei der Firma Entgegenkommen zu finden, sie mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen, und obwohl betont wurde, daß die Reinlichkeit besonders im Gährkeller zu wünschen übrig lasse, wurde noch ein Ausschüßarbeiter entlassen. Als nun im April dieses Jahres wiederholt Klage geführt wurde und keine Besserung der Lage abzusehen war, ja die Dinge im Anfang des Mai sich dadurch verschlimmerten, daß ein Arbeiter zu einer militärischen Übung einberufen, ein anderer krank wurde, so veranlaßte den Beklagten die Situation, an die öffentliche Meinung zu appellieren, um hierdurch die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. — Vorsitzender: Wer hat Ihnen mitgeteilt, daß es nicht reinlich zugeht in dem Betriebe? — Beklagter: Ich habe alle Ursache, dieses zu verschweigen, da ich fürchte, es könnte auf die Personen seitens der Firma ein Druck ausgeübt werden. — Vorsitzender: Wollen Sie also Ihre Haut lieber selber zu Markte tragen? — Beklagter: Jawohl! — Als erster Zeuge kommt Braumeister Klein an die Reihe. Vorsitzender: Ist es Ihnen bekannt, daß es in der Brauerei Erlwein u. Schultze nicht besonders reinlich zugeht, insbesondere im Malzkeller im Katozeum? — Braumeister: Ich habe jedes Mal die Malztenne reinigen lassen, so oft ausgemerzt wurde. — Vorsitzender: Es wird behauptet, daß dieselbe nur einmal während der ganzen Periode gründlich gereinigt wurde. — Zeuge giebt dies an. — Vorsitzender: Wie halten Sie es jetzt in der Brauerei, wo Sie angestellt sind? — Zeuge: Es wird jedes Mal beim Ausweichen die Tenne mit Chlorkalk gereinigt. Zeuge behauptet ferner, daß es im Gähr- und Lagerkeller reinlich gewesen wäre. — Als nächster Zeuge erscheint Fabrikinspektors-Assistent Dr. Görger und führt aus: Unsere Tätigkeit erstreckt sich in erster Linie darauf, die Unfallverhütungsvorrichtungen zur Geltung zu bringen, und daß die Gase, die sich sammeln und die Gesundheit der Arbeiter gefährden, beseitigt werden. Das trifft in der Brauerei zu, namentlich im Gährkeller. Beobachtungen in Bezug auf Reinlichkeit habe ich im Besonderen nicht gemacht; allerdings hat mir der Lagerkeller erst frisch gereinigt erschienen. Der nächste Zeuge ist Brauer Andreas Köninger. Er behauptet, daß Alles reinlich gewesen sei in fraglicher Zeit, obwohl er nachher zugeben muß, daß er zum Zeugen Diel ausherte: Man kann nicht Alles sauber machen, da die Zeit dazu fehlt. — Die Zeugen des Beklagten bekunden übereinstimmend, daß die nötige Zeit fehle, die Arbeit in Bezug auf Reinigung gründlich zu machen. Dies trifft namentlich zu im Gährkeller, in der Malztenne und auf der Schwanzhalle. — Der Sachverständige erklärte, daß in der Malztenne mindestens im Winter drei Mal gründlich gereinigt werden müsse, außerdem jedes Mal beim Ausweichen gewaschen und geschrubbt werden müsse. Im Gährkeller müssen Gährbehälter und sonstige Gefäße jeden Tag oder bei jedesmaliger Benutzung gewaschen werden. Im genannten Betriebe wurden aber früher die Gegenstände nur alle Woche einmal gereinigt, gewöhnlich wurden dieselben nur ausge-

schwankt. Hierauf folgten die Plaidoyers. Rechtsanwalt Scherer führte ungefähr aus: Die heutige Verhandlung hat Ihnen ein

trauriges Bild gegeben von dem Terrorismus der Arbeiter gegen Arbeitgeber. Wie Sie gehört haben, waren die Geschäftsverhältnisse der Firma nicht die glänzendsten, und aus diesem Grunde hat die Firma einen Arbeiter entlassen. Das war der Grund, daß die Lohnkommission sofort zu der Firma hinging und die Wiedereinstellung des Entlassenen forderte. Man glaubte, daß im heutigen Jahre genug Arbeiter vorhanden waren, könnte man die Firma zwingen, den Mann wieder einzustellen. Man sucht gegen mißliebige Firmen in einer Weise vorzugehen, die es notwendig macht, daß hier ein Exempel statuirt wird; ich beantrage deshalb, daß dem Beklagten eine ganz empfindliche Strafe subskribirt werden möge. Der Beklagte hat ja selbst zugegeben, daß die Brauerei Erlwein u. Schultze „unser Schmerzenskind“ ist. Der Braumeister war bei den Arbeitern nicht beliebt, da er dieselben zu viel beaufschichtigte und zur Arbeit anhielt, wenn sie befeinander standen. Man hat dann mit der Presse versucht, die Brauerei beim Publikum anzuschwärzen. Meine Herren, das ist die Methode derartiger Leute, die in solchen Vereinen heimlich zusammen sind. Ein drastisches Beispiel hat uns der Sachverständige gegeben. Er hat ausgesprochen, daß die Arbeit in einer Stunde hätte gemacht werden können. Das haben die Genossen des Angeklagten nicht fertig gebracht. Sie hätten also die Hände nicht in den Schoß legen sollen, dann hätte die Arbeit gemacht werden können. Das haben die Genossen zugegeben, daß Unregelmäßigkeiten auch in anderen Betrieben vorkommen. Der Artikel in der „Bürgerzeitung“ ist geeignet, das Ansehen der Firma herabzusetzen und ist die Presse geradezu mißbraucht worden. Es wäre Pflicht der Arbeiter gewesen, nochmals bei dem Prinzipal vorstellig zu werden, das haben sie nicht getan. Wären derartige Sachen vorgekommen, so wäre der Angeklagte nicht berechtigt gewesen, zur Presse zu greifen, sondern er hätte, wenn er im Interesse seiner Genossen handeln wollte, zu Erlwein kommen müssen. Ich beantrage, dem Angeklagten zu einer empfindlichen Strafe zu verurtheilen, sowie zum Ersatz der Anwaltskosten an den Kläger. — Rechtsanwalt Dr. Jäger (bei Dr. Erlanger): Ich will nicht das hohe Pathos anschlagen, wie mein Gegner, ich will auch das Gebiet der Politik nicht betreten. Es handelt sich nicht darum, ob der Angeklagte Sozialdemokrat ist oder nicht; sondern in erster Linie darum, ob schuldig oder nicht schuldig. Mein Herr Gegner hat auch von derartigen Beispielen gesprochen, die in solchen Vereinen heimlich sind. Er hat gar keine Ursache, die Zeugen herabzuwürdigen. Der Beklagte hat als Vorsitzender seiner Organisation die Pflicht, die Rechte der Mitglieder wahrzunehmen. Er hat ferner ein Interesse daran, daß derartige Vorkommnisse, wie sie in der Brauerei Erlwein u. Schultze vorgekommen sind, beseitigt werden. Die heutigen Zeugenaussagen haben zur Evidenz erwiesen, daß der Angeklagte den Wahrheitsbeweis für den fraglichen Artikel voll und ganz erbracht hat. Es lag ein öffentliches Interesse vor, daß diese Dinge in der Presse besprochen wurden, um Abhilfe für die gerügten Mißstände herbeizuführen. Wenn der Beklagte schon im Dezember auf die Unreinlichkeit im Betriebe der Firma aufmerksam machte und keine Abhilfe erzielte, so blieb ihm weiter nichts übrig, als die Presse zu bemühen. Es hat dem Angeklagten fern gelegen, die Firma zu beleidigen. Er handelte in Wahrung berechtigter Interessen. Sie finden auch kein Wort in dem Artikel, in dem sich eine Beleidigung erblicken ließe. Es ist durch die Zeugen bewiesen, daß Alles wahr ist, was im Artikel geschrieben war. Für Ersatz der Zeugen hat die Firma nicht gesorgt. Die Reinlichkeit ließ zu wünschen übrig, was auch der Sachverständige bestätigte. Der Beklagte hat im guten Glauben gehandelt. Ich komme zum Schluß und beantrage, den Privatklagenden von Schuldbestrafung freizusprechen und die Kosten sowie die Anwaltskosten des Beklagten dem Kläger zu überbürden.

Götz wurde zu 20 Mk. Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis verurtheilt. In der Urtheilsbegründung wird ausgeführt, daß der Nachweis zwar geführt worden sei, daß es in der Brauerei nicht immer sauber zugegangen ist, das wurde aber nur durch die Nachlässigkeit der Arbeiter herbeigeführt. Die Fassung, wie sie der Sachverständige: peinliche Reinlichkeit — konnte nicht erwiesen werden. Auch ein „Arbeitermangel“ konnte nicht erwiesen werden; aber selbst wenn er erwiesen worden wäre, konnte das Gericht dem nicht zustimmen, daß der Weg der Presse beschritten wurde; eine derartige Benützung der Presse schien dem Gericht ein Mißbrauch zu sein. Es wird dem Angeklagten zugebilligt, daß er im guten Glauben gehandelt habe, er war aber „unvorsichtig in der Wahl der Mittel“. Deshalb mußte er, wie gesehen, verurtheilt werden und hat sämtliche Kosten zu tragen. Das Urtheil wird je einmal in der „Bürgerzeitung“ und im „Erlanger Tageblatt“ publizirt.

Gegen dieses Urtheil ist Berufung eingelegt worden, und glauben wir auch, daß die höhere Instanz sich auf einen anderen Standpunkt stellen wird; denn würde dieses Urtheil bestätigt und diese Gerichtspraxis allgemein gehandhabt werden, dann würde jede Kritik in der Presse über irgend welche Verbesserungsbedürftigen Zustände unter Strafe gestellt und schließlich unmöglich gemacht werden. Das wäre ja ein Idealzustand für manche Unternehmer, die auf Vorstellungen und Beschwerden der Arbeiter pfeifen, aber den unter gewissen Umständen leidenden Arbeitern wäre dadurch ihr einziges wirksamstes Schutz- und Hilfsmittel genommen. Wollten sie die ungeheuerliche Sonntagsarbeit in einem Betriebe abschaffen, oder die Sonntagsarbeit auf das notwendige Maß beschränken, wollten sie Schutzvorrichtungen oder bessere Einrichtungen im Betriebe zum Schutze ihrer Gesundheit und ihres Lebens, wollten sie die Einhaltung von Verordnungen erzwingen, wollten sie höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit haben — die Beispiele ließen sich noch bedeutend vermehren — immer müßten sie dann sich aufreden geben, wenn der Arbeitgeber auf Vorstellungen und Beschwerden nichts giebt, oder aber sie müßten, wo es ungünstig, den Arbeitgeber verklagen oder zur Vertheidigung ihres Rechts streiken; das wäre die Wirkung des Urtheils des Schöffengerichts in Erlangen. Wir wissen auch nicht, wie sich dieses mit der Pres-



Konstitutionsfreiheit, die ja auch hiermit eng verbunden ist, vereinbaren ließe, aber dessen entziehen wir uns noch, daß man ein Gesetz schaffen wollte, wonach man streikende Arbeiter mit Zuchthaus bestrafen wollte. Hier die Bestrafung der Kritik und Veröffentlichung von Mißständen als „Mißbrauch“ der Presse — dort die Absicht der Bestrafung wegen Anwendung des anderen noch übrig bleibenden Mittels der Arbeiter, um zu ihrem Recht zu gelangen. Das Zuchthausgesetz ist den Arbeitern erspart geblieben, die Bestrafung der Veröffentlichung von Mißständen, die noch viel mehr Zuchthausanwärtern im Sinne der schmerzlichen Gesetzesvorlage schaffen würde, wird hoffentlich auch von der oberen Instanz nicht gut geheißen werden; das Recht der Kritik ist eine Lebensfrage der Arbeiter in ihrem Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, dessen sie nicht entzihen können. — Daß der Rechtsbeistand des Herrn Erlwein in solcher herabwürdigender Weise von den organisierten Arbeitern sprach und eine solche Auffassung über die Stellung der Arbeiter in ihrer Arbeit bekundet, ist nur aus der Unkenntnis der Verhältnisse erklärlich. Wir haben schon stärkere Dinge erlebt. In dem Prozeß des Direktors Klapp-Ghemmity gegen den Redakteur der „Brauer-Zeitung“ sprach der Rechtsbeistand des Ersteren von Sägen in der „Brauer-Zeitung“, und von dieser als Revolver- und Jagdblatt. Derselbe Rechtsbeistand, der so entrüstet über die Veröffentlichung von Mißständen war und sich in solches Feuer hineinredete, ohrfeigte seinen Schreiberkollegen wegen eines Verfehls im Gerichtssaal vor verammeltem Gerichtshof und in Anwesenheit mehrerer Zeugen, auch Dessen, von dem er in so herabwürdigender Weise sprach.

## Nehmen und Geben.

(Nachdruck verboten.)

X. Wie sehr die herrschenden Klassen bestrebt sind, dem arbeitenden Volke vermeintliche Untugenden abzugewöhnen, das sehen wir wieder an dem neuerdings im preussischen Landtage eingebrachten Antrag des Grafen Douglas zur Bekämpfung der Trunksucht. Die Gesetzgebung und die Polizei sollen wieder einmal helfen, die bösen Geister zu bannen, die der Alkoholeufel gerufen hat, ja, man will diese Geister, die der Gesellschaft lästig werden, verbannen in Einkerkerung anstalten, allmo ihnen der Arzt den Garauß machen soll. Auch die Jugend soll in der Schule besonders im Wege des Anschauungsunterrichts über die schädlichen Folgen des übertriebenen Alkoholgenußes aufgeklärt werden. Dieser Anschauungsunterricht könnte besonders originell und pädagogisch werden, wenn in den Schulen zeitweise ein Betrunkener vorgeführt und dann das beliebte Lied der Hamburger Jungens gesungen würde: „Bring dat Smien na'en Smienemarkt hen, hep, hep, hep“ u. s. w. Solche überwältigenden Demonstrationen würden gewiß einen bleibenden Eindruck bei der Jugend hinterlassen, ihnen die ganze Verwerflichkeit des übermäßigen Alkoholgenußes greifbar vor Augen führen.

Doch lassen wir nun den Spaß bei Seite und sehen wir zu, durch welche Interessen die herrschende Klasse bei der Bekämpfung der Trunksucht geleitet wird. Merkwürdigerweise fällt die Einbringung des Douglas'schen Antrages in eine Zeit, in der die maßgebenden Kreise, ganz besonders die Junker und Großindustriellen eifrig bestrebt sind, dem arbeitenden Volke die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu verhüten, und da sinnen denn nun diese Herren auf Mittel und Wege, um dem Arbeiter den ihm zu verhütenden Lebensunterhalt weniger fühlbar zu machen, und sie haben richtig einmal wieder den Alkoholeufel entdeckt, der ihnen bei ihren menschenfreundlichen und von edler Gesinnung zeugenden Bestrebungen zur vermehrten Ausbeutung der Arbeiterklasse hindernd im Wege steht. In der Begründung seines Antrages wies Graf Douglas darauf hin, daß die für den Alkohol verausgabten Summen das Budget für Armee und Marine um das Doppelte übersteigen, welche wirtschaftliche unproduktive Ausgabe in diesen Summen liege und wie damit die Wohnungsnot erheblich gelindert werden könne. Von industrieller Seite wurde seitens eines Redners betont, daß der abstinent Arbeiter drei- bis viermal so leistungsfähig sei als der nicht abstinente, die Ueberlegenheit des amerikanischen Arbeiters beruhe auf seiner Abstinenz.

Also damit die Unternehmer leistungsfähigere Arbeiter erhalten und die Großgrundbesitzer für ihre Lebensmittelprodukte höhere Preise erzielen können; damit die Arbeiter mehr für die Wohnung ausgeben und dadurch der Bodenwucher, die Spekulationsfucht der Hausbesitzer gestützt würde, deshalb sollen die Arbeiter die alkoholhaltigen Getränke meiden und den Genuß derselben den besseren Klassen überlassen, wo eine erhöhte geistige und körperliche Leistungsfähigkeit nicht notwendig ist und eine Lebensmittel- und Mietzerverteuerung mit Leichtigkeit überwunden wird. Es läßt sich mit Leichtigkeit erkennen, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft das Nehmen ganz vorzüglich versteht, nicht so aber das Geben. Denn die deutschen Arbeiter wissen, daß die wahre Ursache der Ueberlegenheit der amerikanischen und auch der englischen Arbeiter nicht sowohl in der Abstinenz, als vielmehr in der besseren Ernährung, der kürzeren Arbeitszeit, den besseren Wohnungsverhältnissen liegt, welche aber erst durch bedeutend höhere Löhne, als sie in Deutschland existieren, zur Möglichkeit wurden. In Deutschland denkt man billiger davon zu kommen, denn der Abgeordnete Vorster empfahl im preussischen Landtage, für die Arbeiter gutes Wasser zu beschaffen, das sei ein guter Erfolg für den Alkohol.

Nicht wahr, lieber Leser, es gehört schon mehr als bloße Dreifigkeit dazu, den Arbeitern, den Hauptträgern des ganzen Reichthums, zuzumuthen, sie sollen vom Genuß von Bier und Branntwein ablassen und dafür Wasser trinken, um somit den Profit der Unternehmer und Grundbesitzer noch mehr als bisher zu vermehren. Aber Nehmen und Geben.

Dieser Satz bewahrt sich bei fast allen Handlungen und Bestrebungen der herrschenden Klasse.

Schon im Jahre 1892 hat der Reichstagsabgeordnete E. Wurm in der Broschüre: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter“ als notwendiges Durchschnittseinkommen für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern 2000 Mk. bezeichnet, und er fügt hinzu: „Dabei wird sich aber dieselbe keine einzige Luxusausgabe im Sinne der heutigen Wirtschaftszustände gönnen dürfen. Und doch ist auch der Arbeiter zum Luxus berechtigt! Doch ist der Luxus überhaupt nicht etwas Ueberflüssiges — wenigstens nicht diejenige Ausschmückung des Lebens, die der Besitzende für sich als selbstverständlich hält, beim Arbeiter aber als groben Unfug verdammt. Oder ist eine Kleidung aus schön gefärbten, kunstvoll gemebten, schmieglamen Stoffen wirklich als Luxus zu verdammen? Darf das Auge sich nicht am Schmuck der Kleidung und Wohnungseinrichtung erfreuen? Sind Gemälde, Bildwerke, Theater, Musik — kurz gesagt, ist die Freude an der Kunst, die von den Besitzenden als die edelste Erziehung der Kultur gepriesen wird, nur für die Besitzenden veredelnd und für die Arbeiter etwas Verwerfliches? Und doch spricht sich hier die Frage über den Begriff des Luxus in letzter Linie darauf zu, ob der Besitzlose, der Arbeiter, ebenso berechtigt ist, seine Sinne zu verfeinern wie der Reichel.“ Wie weit sind denn nun die deutschen Arbeiter von der Erfüllung dieser Forderungen, die Wurm schon vor 10 Jahren stellte, noch entfernt? Wie lange wird es noch dauern, bis jeder Arbeiter nebst Familie des Leibes Nahrung und Nothdurft genügend befriedigen kann? Wohl haben die Gewerkschaften namentlich in Bezug auf bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit u. manchen Vortheil erreicht, aber was sie nach oft recht hartem Kampfe gewonnen, das wird ihnen durch Vertheuerung der Lebensmittel und der Wohnungen zum großen Theil wieder genommen und eine bedeutende Rolle spielt hier die Wohnungsfrage. Deshalb sagt auch E. Wurm in seinem Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ ganz richtig, „daß alle Versuche, die Lebenshaltung der Arbeiter durch Gewerkschaft und Genossenschaft zu erhöhen, auf die Dauer vergeblich sein müssen, so lange die steigende Grundrente (oder die gesteigerten Miethspreise) diese Verbesserungen wieder aufheben könnte.“ Denn es liegt ja auf der Hand, daß eine Familie mit gleichbleibendem Jahresverdienst, die jährlich 30—50 Mark Miethen mehr bezahlen muß, für Nahrung, Kleidung u. s. w. um so viel weniger ausgeben kann. Da nun aber der Wirkungskreis der Gewerkschaften auf dem Wohnungsgebiete nur ein beschränkter ist, so muß hier unbedingt die Gesetzgebung eingreifen, sie muß der Ausbeutungslust der Hausagrarier und der Bodenpekulanten ein Ende machen, oder sie doch wesentlich beschränken. Welch ungerechte Besteuerungsweise bisher bei Wohnungen und Grundstücken vorherrschte, das zeigt u. A. eine Statistik von Elberfeld. Nach der bisherigen Veranlagung nach dem Nutzungswert betrug der Steuerfuß bei:

gewöhnlichen Arbeiterhäusern	3,43
mittleren Wohnhäusern	3,31
herausgehenden Häusern	2,59
Ladenbauten	2,34
Fabrizien	1,79
landwirtschaftlichen Besitzungen	1,83
Bauflächen	0,10

Prozent des Verkaufswertes.

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß die geringen Gebäude oft über 100 Prozent höher besteuert werden, als bessere Gebäude. Es ist das eine Steigerung nach unten, die mit den heutigen Rechtsanschauungen des Volkes nicht mehr im Einklange steht. Daß es aber auch unter den heutigen Verhältnissen schon möglich ist, die kleineren Wohnungen durch eine Steuerreform zu entlasten, darüber liegen zahlreiche Beweise vor. So hatte z. B. die Stadt Breslau zur Durchführung nötiger Verbesserungen jährlich 200 000 Mark mehr als bisher nötig. Es wurde nun die Grund- und Gebäudesteuer nach dem Verkaufswert erhoben, allerdings nur 2,9 vom Tausend, trotzdem wurde durch diese Steuerreform bewirkt, daß die Terrainspekulanten, Aktiengesellschaften und Villenbewohner jährlich 305 000 Mark mehr zahlen mußten, die Stadt erhielt dadurch die nötige Mehreinnahme und den Häusern mit mittleren und kleineren Wohnungen konnten 105 000 Mark an Steuern erlassen werden.

Diese Steuerreform zeigt den Weg, auf welchem die Herbeischaffung von den nötigen Geldern zu ermöglichen ist, die zur Milderung der wirtschaftlichen Krisen dringend notwendig sind und der Arbeitslosigkeit, der Noth und dem Elend so mancher braven Arbeiterfamilie einigermaßen zu steuern vermögen. Es muß nur da genommen werden, wo wirklich etwas ist; wo unverbiente, nicht durch die Produktion, sondern durch Spekulation und Wucher angehäuften Kapitalien ruhen, da muß zu allererst seitens der Steuerleggebung schärfer zugegriffen werden zum Besten und zum Wohle der Allgemeinheit. Damit dies aber immer mehr gelinge, muß die Arbeiterklasse in erhöhtem Maße Einfluß zu gewinnen suchen in Staat und Kommune, sie muß ihre Interessen immer kräftiger vertreten durch starke Organisationen.

## Verzeichnis der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

Das Reichs-Versicherungsamt veröffentlicht in seinen „Amtlichen Nachrichten“ vom 1. Juni die neuesten Verzeichnisse der höheren und unteren

Verwaltungsbehörden im Sinne der Unfallversicherungsgesetze, die Namen und Sitze der Berufsvereinigungen, Sektionen und der für Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe eingesetzten Ausführungsbehörden, sowie der Sitze, Bezirke und Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

Die Zahl der allgemeinen Schiedsgerichte, ohne die Schiedsgerichte im Bereich der Eisenbahnverwaltungen (24) und von Knappschaftspensionskassen (9) beträgt 89. Bei der großen Zahl Unfälle in der Branndindustrie und den daraus entstehenden Verurteilungen an die Schiedsgerichte gegen die Rentenfestsetzungen, Herabsetzungen oder Entziehungen seitens der Branerei- und Mälzerei-Berufsvereinigungen dürfte die Bekanntgabe des Verzeichnisses der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung für die Branereiarbeiter ebenfalls von besonderem Interesse sein. Eingaben an die Schiedsgerichte sind zu adressiren:

In das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk (oder Kreis, Staatsgebiet) in . . . . .

### Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

#### I. Preußen.

Bezirk	Sitz	Vorsitzender
Regierungsbezirk		
1. Königsberg . . .	Königsberg . . .	Altendorf, Reg.-Rath
2. Gumbinnen . . .	Gumbinnen . . .	Dr. Rodewald, do.
3. Danzig . . .	Danzig . . .	Dr. Baum, do.
4. Marienwerder . . .	Marienwerder . . .	Dr. Kretschmer, do.
5. Stadtk. Berlin . . .	Berlin . . .	v. Goltzow, do.
Regierungsbezirk		
6. Potsdam . . .	Potsdam . . .	Derfelbe
7. Frankfurt a. O. . .	Frankfurt a. O. . .	Dr. Kirschstein, do.
8. Stettin . . .	Stettin . . .	Kretschmer, do.
9. Gdälin . . .	Gdälin . . .	Kaue, do.
10. Straßund . . .	Straßund . . .	Kallisch, Reg.-Rath
11. Posen . . .	Posen . . .	Oberg, Geh. Reg.-R.
12. Bromberg . . .	Bromberg . . .	Dr. v. Gottschall, Reg.-R.
13. Breslau . . .	Breslau . . .	v. Rude, do.
14. Biegnitz . . .	Biegnitz . . .	Dr. Andrich, Reg.-R.
15. Oppeln . . .	Oppeln . . .	Sinde, do.
16. Magdeburg . . .	Magdeburg . . .	Weyer, Geh. Reg.-R.
17. Merseburg . . .	Merseburg . . .	Türke, Regier.-Rath
18. Erfurt . . .	Erfurt . . .	Passarge, do.
19. Prov. Schleswig-Holstein u. Fürstenthum Lübeck . . .	Schleswig . . .	Dr. Dronius, do.
20. Regierungsbezirk Hannover u. Fürstenthümer Pyrmont u. Schaumburg-Lippe . . .	Hannover . . .	v. Bötticher, do.
Regierungsbezirk		
21. Hildesheim . . .	Hildesheim . . .	Berg, do.
22. Lüneburg . . .	Lüneburg . . .	Dr. Baum, do.
23. Stade . . .	Stade . . .	Dr. Langenstraß, Reg.-R.
24. Osnabrück . . .	Osnabrück . . .	Daubenstedt, Reg.-R.
25. Aurich . . .	Aurich . . .	von Gobe, Reg.-Rath
26. Münster i. W. . .	Münster i. W. . .	Schult, Reg.-Rath
27. Minden i. W. . .	Minden i. W. . .	Süß, Reg.-Rath
28. Arnberg . . .	Arnberg . . .	v. Rath, Reg.-Rath
29. Reg.-Bez. Rassel und Fürstenthum Waldeck . . .	Rassel . . .	v. Bergen, Reg.-Rath
Regierungsbezirk		
30. Wiesbaden . . .	Wiesbaden . . .	Dr. v. Garling, do.
31. Koblenz . . .	Koblenz . . .	v. Kallowsky, Reg.-R.
32. Düsseldorf . . .	Düsseldorf . . .	Dr. Kuhn, Reg.-R.
33. Köln . . .	Köln a. Rh. . .	Sayjaerth, Reg.-R.
34. Reg.-Bez. Trier u. Fürstenth. Birkenfeld . . .	Trier . . .	Braun, Reg.-Rath
Regierungsbezirk		
35. Aachen . . .	Aachen . . .	Reincke, do.
36. Sigmaringen . . .	Sigmaringen . . .	Sauerland, Reg.-R.

#### II. Bayern.

Regierungsbezirk		
37. Oberbayern . . .	München . . .	Gressel, Reg.-Rath
38. Niederbayern . . .	Landshut . . .	Defele, do.
39. Pfalz . . .	Speyer . . .	Rudw. Müller, do.
40. Oberpfalz . . .	Regensburg . . .	Fehr, Griesenbeck u. Griesenbach, Reg.-R.
41. Oberfranken . . .	Bayreuth . . .	Waltner, do.
42. Mittelfranken . . .	Ansbach . . .	Weidner, do.
43. Unterfranken und Aschaffenburg . . .	Würzburg . . .	Trümmer, do.
44. Schwaben u. Neuburg . . .	Augsburg . . .	Ebler v. Braun, do.
Regierungsbezirk		
45. Baun . . .	Baun . . .	Dr. Körner, Reg.-R.
46. Chemnitz . . .	Chemnitz . . .	Dr. Kahlke, do.
47. Dresden . . .	Dresden . . .	Weise, do.
48. Leipzig . . .	Leipzig . . .	Koch, do.
49. Zwickau . . .	Zwickau i. S. . .	Meusel, do.

#### III. Sachsen.

Regierungsbezirk		
50. Stadtbezirk Stuttgart u. Oberämter Böblingen, Calw, Cannstatt, Eßlingen, Remsbach u. Stuttgart . . .	Stuttgart . . .	Schlegner, Reg.-Rath
51. Oberämter Badnang, Bietigheim, Brackenheim, Heilbronn, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Neckarstall, Nellingen, Waiblingen u. Weinsberg . . .	Ludwigsburg . . .	Walter, do.
52. Oberämter Badnang, Freudenstadt, Herrenberg, Heilbronn, Marbach, Nellingen, Remsbach, Stuttgart, Tübingen, Ulm . . .	Heilbronn . . .	Dr. Bechtle, do.
53. Jagstkreis . . .	Heilbronn . . .	Feyer, do.
54. Donaukreis . . .	Ulm . . .	Jungel, do.

#### IV. Württemberg.

Regierungsbezirk		
55. Stuttgart . . .	Stuttgart . . .	Dr. Bechtle, do.
56. Heilbronn . . .	Heilbronn . . .	Feyer, do.
57. Ludwigsburg . . .	Ludwigsburg . . .	Walter, do.
58. Marbach . . .	Marbach . . .	Dr. Bechtle, do.
59. Nellingen . . .	Nellingen . . .	Feyer, do.
60. Remsbach . . .	Remsbach . . .	Jungel, do.



Bezirk	Sitz	Vorsitzender
55. Kreise Mosbach, Heidelberg und Mannheim	Mannheim	Dr. H. Reg.-Rath
56. Kreise Karlsruhe und Baden	Karlsruhe	Dr. H. Reg.-Rath
57. Kreise Offenburg, Freiburg i. N. und Rastatt	Freiburg i. N.	Reinhard, Oberamtmann
58. Kreise Württemberg, Waldshut u. Konstanz	Konstanz	Gebr. von Bodman, Geh. Ob.-Reg.-Rath
VI. Hessen.		
59. Provinz Starkenburg	Darmstadt	Dr. H. Reg.-Rath
60. Provinz Oberhessen	Gießen	Dr. H. Reg.-Rath
61. Provinz Rheinhessen	Mainz	Dr. H. Reg.-Rath
VII. Mecklenburg-Schwerin.		
62. Landgerichtsbezirk Schwerin	Schwerin	Peters, Oberamtmann
63. Landgerichtsbezirk Güstrow	Güstrow	Dr. H. Reg.-Rath
64. Landgerichtsbezirk Rostock	Rostock	Dr. H. Reg.-Rath
VIII. Sachsen-Weimar-Eisenach.		
65. I. II. u. V. Verwaltungsbereich	Weimar	Heinemann, Hofrath
66. III. und IV. Verwaltungsbereich	Eisenach	Dr. H. Reg.-Rath
IX. Mecklenburg-Strelitz.		
67. Großherzogthum	Neustrelitz	Jacoby, Gerichtsrath
X. Oldenburg.		
68. Herzogthum (außer dem Fürstenthum Lauenburg)	Oldenburg	Dr. H. Reg.-Rath
XI. Braunschweig.		
69. Herzogthum	Braunschweig	Dr. H. Reg.-Rath
XII. Sachsen-Meiningen.		
70. Kreise Meiningen u. Hildburghausen	Meiningen	Oberländer, Reg.-Rath
71. Kreis Sonneberg	Sonneberg	Oberländer, Reg.-Rath
72. Kreis Saalfeld	Saalfeld	Oberländer, Reg.-Rath
XIII. Sachsen-Altenburg.		
73. Herzogthum	Altenburg	Dr. H. Reg.-Rath
XIV. Sachsen-Coburg-Gotha.		
74. Herzogthum Coburg	Coburg	Schlegel, Amtsger.-Rath
75. Herzogthum Gotha	Gotha	Dr. Samwer, Reg.-Rath
XV. Anhalt.		
76. Herzogthum	Desfau	Sanftenberg, Landgerichts-Rath
XVI. Schwarzburg-Sondershausen.		
77. Fürstenthum	Sondershausen	Bauer, Geh. Reg.-Rath
XVII. Schwarzburg-Rudolstadt.		
78. Oberfürstenthum	Rudolstadt	Schwarz, Reg.-Rath
79. Unterfürstenthum	Frankenhäuser	Derselbe
XVIII. Waldeck-Pyrmont.		
(Siehe Nr. 20. und 29.)		
XIX. Reich ältere Linie.		
80. Fürstenthum	Greiz	Dr. H. Reg.-Rath
XX. Reich jüngere Linie.		
81. Fürstenthum	Gera	Dr. H. Reg.-Rath
XXI. Schaumburg-Lippe.		
(Siehe Nr. 20.)		
XXII. Lippe.		
82. Fürstenthum	Detmold	Meiche, Landrichter
XXIII. Lübeck.		
83. Staatsgebiet	Lübeck	Dr. Gade, Amtsrichter
XXIV. Bremen.		
84. Staatsgebiet	Bremen	Dr. Feldmann, Reg.-Rath
XXV. Hamburg.		
85. Staatsgebiet	Hamburg	Dr. Steinthal
XXVI. Elsaß-Lothringen.		
86. Bezirk Unterelsaß	Strasbourg i. E.	Höfner, Geh. Reg.-Rath
87. Kreise Mülhausen i. E. und Colmar	Mülhausen i. E.	Dr. H. Reg.-Rath
88. Kreise Colmar, Gebweiler u. Rappoldsweiler	Colmar	Dr. H. Reg.-Rath
89. Bezirk Lothringen	Metz	Dr. H. Reg.-Rath

## Korrespondenzen.

**Aischerleben.** Die am 10. Oktober stattgefundene Versammlung war mäßig besucht. Erledigt wurden außer den üblichen Geschäften die Wahl zweier Revisoren und Berichtserstattung des Kartelldelegierten.

**Barmen.** In der Versammlung vom 4. Oktober kam die Angelegenheit der Brauerei Dierichs zur Sprache. Die Kommission, welche dort vorstellig geworden ist, erstattete den Bericht. Aus diesem geht hervor, daß Herr Dierichs das Versprechen gab, die 10 stündige Arbeitszeit einzuführen, sowie den Hausstrum, 5 Liter pro Mann, in nur guter Qualität zu verabreichen; die Erdenreinigung soll einer gründlichen Reparatur unterzogen werden, Freitagshauszahlung wurde zugesagt, sowie die Versicherung gegeben, daß über die Behandlung von Seiten des Herrn Paul Dierichs keine Klagen mehr laut werden sollen. Jedoch machte die Einführung einer Badeeinrichtung Schwierigkeiten, Herr D. erklärte, daß er diese Angelegenheit im „Ring“ zur Sprache bringen wolle und dieselbe eventuell dann eingeführt würde. Die Diskussion ergab jedoch, daß bis dahin nur die 10stündige Arbeitszeit und die Freitagshauszahlung eingeführt sei, was die Betriebsleitung der Kommission gegenüber als schon lange bestehende Vorgabe, die Leute hätten es nur nicht eilig. Kritisiert wurde, daß diese Kleinigkeiten erst solche Schwierigkeiten verursachten, bevor dieselben zur Einführung gelangen. Was wohl bis jetzt in noch keiner Brauerei möglich war, leistet sich diese, indem ein Kollege wegen korrekter Arbeit zurückgesetzt wurde. Wie man hier versteht, das Gezielte illusorisch zu machen, beweist eine

Klausel, die der gedruckten, veralteten Arbeitsordnung schriftlich angehängt wurde: „Wird der Arbeiter durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Dienstleistung behindert, so fällt der Anspruch auf Lohn für die Zeit der Behinderung fort, auch wenn ihn kein Verschulden trifft.“ Nun kam es vor, daß ein Kollege sich krankheitsbedingt zum Arzt begeben mußte, worauf ihm der halbe Tag natürlich sofort abgezogen wurde. Ueberhaupt herrscht eine Nervosität und Hast im Betriebe, die man so leicht nicht wieder findet. Könnte es doch sonst nicht vorkommen, daß in nicht 2½ Jahren drei schwere Unglücksfälle beim Wägen unter denselben Umständen bei demselben Tag passieren konnten, die selbst einen Arbeiter auf den Gedanken bringen mußten, die Knochen der Arbeiter nicht so leicht auf Spiel zu setzen. Der letzte Fall unter das Faß geriet und einen Beinbruch erlitt. Der Pächter ließ jedoch ruhig weiter schwanken, und wurde der Schwerverletzte erst durch Veranlassung der Arbeiter vom Plage entfernt. Die Arbeiter haben alle Ursache, auf der Hut zu sein und ihre Rechte zu wahren, und wenn die Herren nur friedliche Arbeiter haben.

**Berlin, Sektion II.** In der am 19. Oktober stattgefundenen gut besetzten Generalversammlung hielt zunächst Gen. Sekretär einen sehr reichhaltigen Vortrag über: „Der Einfluß der Berufsorganisation auf die wirtschaftlichen Verhältnisse.“ — Kollege Frank brachte alsdann die Abrechnung vom 3. Quartal. Einer Einnahme von 2044,55 Mk. steht eine Ausgabe von 1097,10 Mk. gegenüber, 947,45 Mk. wurden zur Hauptkasse gefandt. Eingekassiert sind im verfloßenen Quartal 147 Mitglieder. Nach dem Vorstandsbericht des Kollegen Neumann fanden im 3. Quartal statt 23 Mitglieder-, Wanderversammlungen und Sitzungen, und 8 Verhandlungen mit den verschiedenen Brauereidirektionen, welche letztere durchgängig für uns günstigen Verlauf nahmen. Abgeschickt wurden im Ganzen 1260 Postsendungen. — Die Abrechnung vom Sommer-Vergütungen ergab einen Ueberschuß von 157,20 Mk. — Seitens der Revisoren bestätigte Kollege Zielinski mit anerkennenden Worten die Richtigkeit der Abrechnung der Zentralkasse sowie wie der Sozialkasse. — Bei der Vorstandswahl wurden als Vorkandidat und Kassierer dieselben Kollegen, A. Neumann und G. Frank gewählt. Als Kandidaten zur Neuwahl des Kassierers standen die Kollegen Neumann, Frank und Jürgen. — Neumann erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend betr. den § 616, und das auf Wunsch obigen Vereins zu bildende Eingangsamt. Leider konnte dies der vorgedachten Zeit halber nicht ausführlich geschehen und wird in den demnächst abzuhaltenden Wanderversammlungen, welche sich über Groß-Berlin erstrecken sollen, dies in ausführlicher Weise nachgeholt werden. Ein noch beantragter Punkt der Vorlage wird zur Beschlußfassung der nächsten Vorstandssitzung vertagt. — Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband der Brauereiarbeiter erfolgte Schluß der Versammlung.

**Berlin.** Ein Nachspiel zum Streit der Pilsener Brauer. Wie noch erinnert, legten im Jahre 1899 wegen bedeutenden Lohnabzugs, Arbeitsverlängerung und noch einer ganzen Reihe anderer Verschlechterungen von den dort beschäftigten 28 Brauereien 25 die Arbeit nieder. Nach vierwöchentlicher Dauer wurden die Differenzen beigelegt, die Streitenden zu den alten Bedingungen wieder eingestellt, die zugereichten Anseher entlassen. Vor Wiederaufnahme der Arbeit wurde seitens der Direktion die Erklärung abgegeben, daß der Friede nun ein dauernder sei und es solle beiderseits Alles vergessen werden. Von Seiten der Brauer war man redlich bemüht, Alles zu vergessen, von anderer Seite schen es auch so. Von den Dreien, die als damalige Verbandsmitglieder sich mit ihren Kollegen nicht vollständig erklärt hatten, hielten zwei beurlaubte, gut dotierte Posten inne, der dritte war noch gewöhnlicher Arbeiter; er sagte damals: „Ja, so kann ich nichts werden!“ er meinte: wenn er mitleidet. Und richtig, die Direktion beförderte ihn, vielleicht in Anerkennung seiner Dienste, zum Kellermeister in der Glasbierabtheilung Berlin. Er war also, was gewöhnlich heißt, ein „Kontrollant“ gelandet. Ob er noch zu etwas Höherem berufen, bleibt abzuwarten, da der Brauereiverband noch präsent ist, und böse Menschen sagten vor Kurzem sogar, daß es schon wieder ein Jahr her ist, seit der neue Braumeister sich in Stellung befindet; so ist auch in dieser Hinsicht das Weitere abzuwarten. — Was die Direktion veranlaßt hat, die alte Geschichte noch einmal gründlich aufzurollen, ist nicht ersichtlich, sie hätte doch in die Hände dieser selben Veranlassung, die Sache recht tief begraben sein zu lassen, denn Vorbeeren hat sie gerade aus dem Kampfe noch nicht geholt. Der Wind weht allem Anschein nach schon wieder etwas anders, als zur Zeit, da das Personal „veranlaßt“ wurde, für Bankier Sternberg ein Gnadengesuch an den Kaiser zu unterschreiben, und zum Danke dafür eine Anzahl entlassen wurden; es war nicht mehr genug Arbeit da. Wir erinnern nur hier an die beiden Mäler. Direktion und Betriebsleitung wünschen wir viel Glück zu ihrem Nachkontrollanten, über dessen „besondere Eignung“ die Ansichten eben sehr weit auseinandergehen, je nachdem man ein Amt im Leben inne hat oder Unternehmer oder Klassenbewußter Arbeiter ist. Dem Personal erwächst hierdurch die Pflicht, ein sehr wachsames Auge auf die Zukunft zu haben.

**Darmstadt.** Vergleich! In der Privatklagesache des Bierbrauereibesetzers G. Grohe und Braumeisters Gartensteiner, dahier, gegen den Redakteur F. Krieg, Hannover, kam folgender Vergleich zu Stande: 1. Der Angeklagte verpflichtet sich, in dem von ihm herausgegebenen und redigierten Blatte „Brauereiarbeiter“ alsbald folgende Erklärung aufzunehmen: In Nr. 28 des Blattes vom 11. Juli 1902 fand ein Artikel Aufnahme, der ehrenrührige Nachrichten gegen den Besitzer der Brauerei zum „Erbacher Hof“ in Darmstadt und dessen Braumeister Gartensteiner enthielt. Diese Nachrichten nehme ich hiermit zurück und bebaue, daß ich den Artikel seiner Zeit aufgenommen habe. 2. Zwei Nummern des Blattes mit dem Artikel sind an Rechtsanwalt Gallus, als Vertreter der Privatkläger, zu übersenden. 3. Der Angeklagte übernimmt sämtliche Kosten, einschließlich der den Privatklägern erwachsenen Auslagen. 4. Nach Uebernahme der den Verdictungsartikel enthaltenden Nummern und nach Berichtigung der den Privatklägern erwachsenen Kosten wird die Privatklage zurückgenommen. Fr. Krieg.

**Dortmund.** In der Versammlung vom 5. Oktober wurde Kollege Brülling als Vorsitzender gewählt, der das Amt solange auszufüllen verspricht, bis sich ein anderer Kollege dazu findet. Dem Kassierer wurde nach Erstattung der Abrechnung Entlassung erteilt. Im Gemerktschaftlichen wurde die Angelegenheit des Kollegen Bittner als erledigt betrachtet, da in derselben Brauerei ein anderes Verbandsmitglied eingestellt wurde und dem Kollegen für 14 Tage Lohn ausbezahlt wurde. Dann kam die Entlassung des Kollegen Fischer, Weiskamp-Brauerei in Sülzen-Dortmund, zur Sprache. F. begnügte sich mit einem Lohn für 14 Tage. Er hat demnach nicht das Interesse des Verbandes gewahrt, da die ganze Schuld nur an ihm lag, wenn er nicht wieder eingestellt wurde. Der andere Kollege, der nicht solange da war und mit F. zusammen entlassen wurde, war nicht im Verband und konnte wieder anfangen und arbeitet jetzt noch in der Brauerei. Nach Vorlesung verschiedener Wahlen wurde beschlossen, in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag über Berufsangelegenheiten halten zu lassen. Aufgefordert wurde

zur Unterstützung des Kollegen Krause und zum Abonnement auf die Arbeiterzeitung.

**Duisburg.** Die Versammlung vom 12. Oktober war schwach besucht, zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Dem Kassierer wurde nach Bekanntgabe der Abrechnung vom 3. Quartal Rechnung erteilt. Von dem Ueberschuß vom Restrukturirungen von 52 Mk. soll jeder neueintretende Restrukturirer 5 Mk. als Beihilfsgeld erhalten. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß bedauerlicherweise 3 Kollegen aus Beed ihrer Beitragspflicht nicht genügt, es sind dieses die Kollegen Körner, Mauch und Steinhauf. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich nicht an diesen ein Beispiel zu nehmen, sondern fest zur Organisation zu halten.

**Flensburg.** Die Versammlung vom 12. Oktober war mäßig besucht. Da der Vorsitzende abreisen mußte, wurde Bittner zum Vorsitzenden gewählt. Beschlüssen wurde, im nächsten Monat ein Vergütungsarrangement zu arrangieren. Im Verchiedenen wurde besonders getagt, daß verschiedene Kollegen sehr lau im Besuche der Versammlungen seien. Geht es so weiter, so werden keine großen Fortschritte zu verzeichnen sein. Ein jeder Kollege sollte doch nach Kräften agitatorisch wirken und vor allen Dingen noch Jeder alle 4 Wochen das kleine Opfer eines Versammlungsbeitrages bringen. Der bisherige Vorsitzende B. brachte dann noch den Fall seiner Entlassung zur Sprache. Dabei wurde getagt, daß Kollege D. durch sein Verhalten dem Herrn Greve Gelegenheit gab, sich bei der Entlassung noch als Menschen- und Arbeiterfreund brüsten zu können. Da Kollege B. inzwischen schon wieder Arbeit gefunden, wurde die Angelegenheit als vorläufig erledigt erklärt, aber versprochen, in Zukunft ein wachsames Auge auf die Brauerei in Herbede zu haben.

**Kiel, Sektion II.** Eine gut besuchte Versammlung fand am Sonntag, den 12. Oktober, statt. Zunächst hielt der Referent Boller einen Vortrag über: „Gewerkschaftslehre, Genossenschaft mit beschränkter Haftung.“ Es wurde beschlossen, daß der Vorstand Beihilfsgeld zu 5 Mk. auszutreiben hat, jedoch ist es den Mitgliedern gestattet, die Summe durch Beitragsleistung von 10 Pf. pro Woche aufzubringen. Als Versammlungslokal wurde Einfeldt, Alte Reihe, gewählt. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu befragen, der über das Thema: „Krankensicherungsrecht“ reden soll. Nachdem sich sieben neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Kulmbach.** Am Dienstag, den 14. Oktober, fand im Saale der „Volkschlucht“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Verbandsvorsitzender Bauer, welcher den Verhandlungen mit den Brauereibesitzern im Rathhause beigewohnt hatte, berichtete über den Abschluß der freien Vereinigung der Kulmbacher Brauereien mit dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Er erklärte den Zweck der heutigen Versammlung, die in ganz kurzer Zeit die zweite im selben Saale sei, und warum beide stattfanden; ferner die christlichen Verhandlungen, die während dieser Zeit gepflogen wurden und wie nun endlich die Differenzen beigelegt und den Kulmbacher Brauereiarbeitern und der Organisation Recht geworden ist. Die Bedeutung der einzelnen Punkte der schriftlichen Abmachungen wurde von ihm, sowie vom Vorsitzenden Boller des Näheren erläutert, wonach die Arbeiter sich nun frei bewegen können. Das Koalitionsrecht soll ihnen künftig nicht mehr geschmälert und der Organisation nichts mehr in den Weg gelegt werden. Niemand brauche mehr Angst zu haben, Verbandsmitglied zu sein und sich als solcher zu zeigen und für den Verband zu wirken. Auch die Einstellungsweise der Arbeiter, die bei der Lohnbewegung verlangt oder abgelehnt wurde, ist nun laut der Unterschrift der Herren geregelt, indem die am Orte befindlichen arbeitslosen Brauereiarbeiter oder solche, die arbeitslos werden, sich beim städtischen Arbeitsamt melden müssen und der Reihe nach den Brauereien bei Bedarf zugewiesen werden, wogegen sich die Brauereien verpflichten haben, ihre Arbeitskräfte nur vom städtischen Arbeitsamt zu beziehen, so lange dort Arbeiter angemeldet sind, die bereits in Kulmbacher Brauereien gearbeitet haben. Bauer führte den Anwesenden den Nutzen und Zweck der Organisation vor Augen, was durch dieselbe schon erreicht wurde und was dieselbe ihren Mitgliedern an Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Beihilfsgeld u. s. w. gewährt. Kein Krieger oder Soldatverein kümmere sich etwas um die Lage seiner Mitglieder und helfe diesen zu einer Besserstellung ihrer Löhne und Lebensverhältnisse. Immer mehr steigen die Preise für Lebensmittel u. s. w., aber die Löhne der Arbeiter gehen nicht von selbst in die Höhe, höhere Löhne müssen erst erkämpft werden und dazu brauchen die Arbeiter die Organisation, den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, um geschlossen und einig ihre Lage verbessern zu können. Genau so wie sich die Arbeitgeber organisieren, um ihre Interessen zu wahren, so müssen es auch die Arbeiter thun, diese haben es um so eher notwendig, da sie einzeln machtlos sind und doch auch ein Recht zum menschlichen Leben haben. Die Brauereiarbeiter in Kulmbach sollten es endlich einsehen lernen, daß sie zur Wahrung ihrer Interessen in eine Organisation gehören, und sollten sich nicht immer gegenseitig bekämpfen, sondern alle in die Organisation eintreten, ihre Pflicht erfüllen und ihre Arbeit ruhig und ordentlich mit einander machen. sich nichts zu schulden kommen lassen und auch den Vorposten bewahren. Der stürmische Beifall bewies das Einverständnis der Versammlung mit diesen Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung, am 14. Oktober im Saale der „Volkschlucht“ tagend, erklärt sich mit der Erklärung der freien Vereinigung der Kulmbacher Brauereien voll und ganz einverstanden. Sie erklärt in der Organisation diejenige Masse, mit welcher der Arbeiter seine Rechte verteidigen kann. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Anwesenden, soweit sie noch nicht der Organisation angehören, in die Reihen derselben einzutreten, um gemeinsam für Besserstellung des Arbeiterstandes zu kämpfen.“ Boller ermahnte die anwesenden Nichtorganisierten nochmals, sich der Organisation anzuschließen, auch die Vorarbeiter ermahnte er, dazu beizutragen, den Frieden unter den Arbeitern zu erhalten, der schon öfter von dieser Seite gestiftet wurde. Es nehme sich nicht schon aus, wenn ein Kellermeister die Arbeiter im Gehäule ohreigst. Die Vorarbeiter müßten ihre Pflicht in der Arbeit erfüllen und sich um die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Organisation nicht kümmern, im Gegentheil, die Organisation zu fördern suchen, da sie selbst Nutzen davon haben. Auch sei es zu verwerfen und zum Schaden der Arbeiter, wenn ein Arbeiter immer den andern von seinem Posten vertreiben will. Hierauf wurde die imposante Versammlung geschlossen, und hoffen wir, daß alle diejenigen, die sich durch Zustimmung zur Resolution zum Beitritt zum Verband verpflichtet haben, dieses nun auch baldigst thun werden; daß die Kulmbacher Brauereiarbeiter bald alle der Organisation angehören, und die Zahlstelle bald stärker dastehet, als es im vorigen Jahre der Fall war. Mitglieder werden zu jeder Zeit beim Kollegen Boller, Obere Stadt 16, aufgenommen. Den heutigen Versammlung für die Kulmbacher Brauereiarbeiter liegen Aufnahmehefte bei. Säume Niemand, Mitglied des Verbandes zu werden.

**Lüneburg.** Sonntag, den 19. Oktober, fand bei Streßhumer Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme von 93 Mark und eine Ausgabe von 21,40 Mark. Der Vorsitzende berichtete über den Zustand der Kronenbrauerei und die Wirkungen des Boykotts. Unter „Verschiedenes“ wurde von Mitgliedern der Salenburger



Die Verbandskollegen  
des Plauen'schen Ange-  
keller, Dresden.